

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 25

Artikel: Die Variante von Akademiemitglied Fedossejew : Alternativen zur Sowjetdiktatur
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095366>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alternativen zur Sowjetdiktatur

Die Variante von Akademiemitglied Fedossejew

Von Valerij Tarsis

Im Westen mögen sich die meisten Menschen damit abgefunden haben, dass etwa eine Milliarde ihrer Mitmenschen in Ländern mit Einparteiendiktatur leben. In diesen Ländern selbst haben viele Menschen resigniert, aber mehr und mehr erwacht das Bewusstsein, dass auch Alternativen möglich wären. Und nicht nur möglich, sondern unerlässlich, wenn ihre Wirtschaft und ihr kulturelles Leben gesunden soll. Dies zu wollen, ist ja das einzig Normale. Dies zu wollen, bedeutet Widerstand gegen das Partei-Meinungsmonopol. Unzensurierte Gedanken zum Thema werden zunehmend laut.

Der unzensurierten Meinung von Anatolij Pawlowitsch Fedossejew wendet sich Valerij Tarsis im heutigen Artikel zu. Erinnern wir daran, dass Akademiemitglied Fedossejew ein sehr bedeutender Spezialist in Elektrotechnik ist. Er war letztes Jahr von einer Dienstreise in den Westen nicht nach der Sowjetunion zurückgekehrt.

Wie viele andere Wissenschaftler in der Sowjetunion hat unsern Autor das bestehende System nicht befriedigt, und er suchte einen Ausweg. Sein Artikel «Eine mögliche Alternative zur Diktatur in der UdSSR» erschien als Abschluss einer längeren Analyse des Sowjetalltags und seiner Hintergründe in der russischsprachigen Zeitschrift «Possev» (Frankfurt/M., Nr. 10/1972).

«Als ich noch in der UdSSR lebte», sagt Fedossejew, «stieß ich ständig auf die Frage: Was kann man anstelle des furchtbaren bestehenden Systems vorschlagen? Der Kapitalismus ist diskreditiert. Der Sozialismus ist für die Bevölkerung der UdSSR bankrott. Die westliche Welt erwartet eine Weltkatastrophe und ist von ihren eigenen Krankheiten zerrissen... Sozialismus und Faschismus sind Verwirklichungen sozialer Konzepte, die dem Geist und der

Richtung der natürlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht entsprechen.»

Weiter legt er dar, was für die natürliche Entwicklung der Menschheit charakteristisch — und damit richtig — ist: die immer umfassendere Befriedigung der (echten) Bedürfnisse des Menschen, eine friedliche Atmosphäre, spontane (statt organisierte) gegenseitige Hilfe. Daraus folgert er, dass die Völker unter kommunistischer Diktatur durch die Liquidierung der außerordentlichen Machtkonzentration und durch die Wiederherstellung der Rechte der Persönlichkeit auf den natürlichen Weg der Weltentwicklung zurückkehren müssen.

Fedossejews Feststellung, «alle sogenannten sozialistischen Staaten (seien) Quellen des Terrors, des Zwangs und der Verbrechen, und das nicht nur in bezug auf die eigene Bevölkerung, sondern bezüglich der ganzen Welt», trifft zu. Die Abschaffung des sozialistischen Systems wird — meint weiter diese sowjetische Kapazität — zur Beruhigung in der ganzen Welt führen. Vor allem ist «die hauptsächliche terroristische Organisation — das KGB» aufzulösen und sind Gesetze zu erlassen für die wirkungsvolle Bekämpfung aller Formen des Terrors. Dann erst lässt sich eine effektive Gesellschaft schaffen, die in allen Bereichen mit ihren Aufgaben fertig wird: in Wirtschaft, Administration, Produktion, Wissenschaft...

Dafür muss auch die Wirtschaft von der «Leib-eigenschaft» befreit werden. Am Experiment der UdSSR hat sich jeder davon überzeugen können, wie folgenschwer der Mangel an Privatinitiative für das Leben eines Landes ist. Konkurrenz in allen Branchen («sowohl in der Produktion als auch im Handel, in der Kunst, in Qualifikation und in der Arbeit») ist zur erfolgreichen Entwicklung des Landes ebenfalls unerlässlich; «sie muss durch die direkte Wechselbeziehung zwischen Produzenten und Konsumenten, d. h. durch einen freien Markt und Handel, bestimmt werden».

Zur Verteilung des Nationaleinkommens sagt A. P. Fedossejew: «Obschon die Verteilung der Güter in der freien Welt bei weitem gerechter

vor sich geht und die Ausbeutung dort bedeutend geringer ist als in der Sowjetunion... besteht die Möglichkeit, auch diese zu verbessern;» d. h. er möchte nicht, dass Russland die Ungerechtigkeiten des Westens übernimmt.

Fedossejew sieht gegen Privateigentum nichts einzuwenden. Allerdings müssten Fabriken und Werkstätten der Herstellung «gesellschaftlicher Güter» dienen. Wo Einkünfte nicht durch persönlichen Einsatz eines Besitzers erzielt werden, liegen sie nicht im Interesse der Gesellschaft und müssen sie durch steuerpolitische Massnahmen beschränkt werden. Millionen von Rubeln im Besitz weniger sowjetischer Schriftsteller z. B. bringen der Gesellschaft keinerlei Nutzen und müssten mit einer hohen Steuer belegt werden. Die Einkünfte des Staates dürften nicht mehr als 25 Prozent des Volkseinkommens ausmachen. Die Hälfte der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen soll Steuerfreiheit genießen.

Illustration: «Das besoffene Budget»

Hier sind vielleicht ein paar Fakten interessant. Die Steuern in der UdSSR betragen ab einem Monatslohn von 60 Rubeln (darunter ist das Einkommen steuerfrei) 3 bis maximal 13 Prozent. Das ideale Steuerparadies, wird der Leser denken. Ja, aber: Während die Einkommenssteuer im sowjetischen Budget wenige Prozente ausmacht, stellt die Umsatzsteuer 80 Prozent des Haushaltsplanes der UdSSR dar!

Die indirekten Steuern auf allen Lebensmitteln und Konsumgütern betragen durchschnittlich 400 Prozent. Wie mir der Direktor einer Wodkafabrik erzählte, liegen die Selbstkosten für 1/2 Liter Moskowskaja Wodka bei 10 Kopeken. Der Ladenpreis: 3,17 Rubel. (Den WUST-Prozentsatz mag sich jeder selbst ausrechnen.) «Man könnte ihn noch billiger herstellen», fügte mein Gewährsmann bei, «ohne die ganzen Polit-Arbeiter usw.; einen Privatunternehmer käme der Halbliter so auf 5 Kopeken zu stehen.» (Man gewinnt den sowjetischen Wodka vorwiegend aus Baumzweigen.)

Lenin hatte das Budget der Zarenregierung «besoffen» genannt: die jährlichen Einkünfte aus dem Wodkaverkauf betrugen damals 700 Millionen Rubel. Heute fließen im Jahr 5 Milliarden (neue) Rubel in die Staatskasse — bei etwa gleich hohen Arbeiterlöhnen wie vor 1917. — Zurück zu Fedossejew.

Das Militärbudget müsste man gewaltig kürzen. Während es im Westen 10 bis 20 Prozent des Volkseinkommens ausmacht, verschlingt es in der Sowjetunion 90 Prozent. Noch besser als ein kleineres Militärbudget wäre allerdings gar keines. Ohne die Weltrevolutionspläne bzw. die Hegemonieabsichten der KP könnten sich ruhig alle Staaten in eine Welt-Föderation zusammenschließen...

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gedeihen der Gesellschaft liegt aber in der Verhinderung der Konzentrierung der Macht — in der Liquidierung der Diktatur. Dafür wären beliebige Partei-, Gewerkschafts- oder gesellschaftliche Organisationen mit mehr als 1000 Mitgliedern zu verbieten. Dies vermag die Konzentrierung von Macht in der Hand irgendeiner Partei wie auch einer Gewerkschaft zu verhindern. Die volle Demokratisierung der Macht könnte man nach dem Beispiel der USA oder der Schweiz durchführen. Die Wahlen ins Parlament müssen direkt, gleich und geheim sein,



mit im voraus bekannten konkurrierenden politischen Programmen.

Es müssen auch Beschränkungen gelten für Aktiengesellschaften, Banken und die Industrie; Monopole sind absolut unzulässig.

In der Entscheidung der Nationalitätenfrage sind die Erfahrungen föderativer Staaten wie der USA, der BRD oder der Schweiz zu berücksichtigen (obschon keiner von ihnen ideal ist). «Ich bin zutiefst davon überzeugt», schreibt Fedossejew, «dass die Abtrennung der einen oder andern Republik infolge eines Plebiszits keine Angst hervorzurufen braucht.»

Aktionsprogramm nach dem Machtwechsel

Wie sollte man indessen all dies ins Leben umsetzen? Man bedenke: «Wenn man versucht, sich den Umsturz der Diktatur in der UdSSR vorzustellen, tritt einem die Raffinertheit des Systems der Unterdrückung und Verhinderung revolutionärer Explosionen besonders deutlich vor Augen.» Undenkbar ist auch eine freiwillige Liberalisierung des Systems.

Aber dieses System ist dem Untergang geweiht, denn es gewährt der Tätigkeit der Bevölkerung keine Freiheit: es widerspricht der natürlichen Entwicklung. Unzufriedenheit und Verwirrung ergreift immer weitere Kreise der sowjetischen Gesellschaft, und eines Tages wird nur noch ein einziges Aktionsprogramm in der Lage sein, das Volk zusammenzuhalten — das natürliche. Der Ablauf dieses Prozesses kann «noch fünf, aber vielleicht auch 25 Jahre» in Anspruch nehmen.

A. P. Fedossejew stellt sich die Folge der Ereignisse nach Vollendung des Prozesses (Bewusstwerdung der Unzufriedenheit) und nach einem Machtwechsel so vor:

Erste Etappe:

1. Abschaffung der Zensur in allen Bereichen.
2. Auflösung der Kolchosen; danach freiwillige kollektive Bewirtschaftung des Bodens oder Bodenteilung. Förderung der Zuteilung von Land an Städter, die aufs Land umziehen wollen.
3. Umorganisation der Sowchosen in freiwillige Genossenschaften.
4. Freiheit des Handels.
5. Freiheit für jede beliebige Tätigkeit: produktive, kommerzielle, pädagogische, landwirtschaftliche, literarische, administrative usw.
6. Abschaffung der Umsatzsteuer, Beibehaltung nur der einfachen Einkommenssteuer.
7. Umwandlung aller kleinen nichtmilitärischen Betriebe in freiwillige Genossenschaften.
8. Ausschreibung von Wahlen in eine Verfassunggebende Versammlung zur Erarbeitung einer neuen Konstitution.
9. Liquidierung des Komitees für Staatssicherheit (KGB); das Innenministerium sorgt für Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande.

Zweite Etappe:

1. Auflösung der KPdSU, des Komsomol, der Pionierorganisation und der Gewerkschaften; Proklamation der Freiheit beliebiger Organisationen (bis 1000 Mitglieder).
2. Annahme einer neuen Verfassung und Wahlen in die ersten Verwaltungsorgane.

3. Organisation von Aktiengesellschaften auf der Grundlage grosser Betriebe und von Banken (Aktionäre sind die Mitarbeiter dieser Betriebe).
4. Liquidierung eines Teils der Ministerien und Reorganisation der restlichen als Organe der neuen Exekutive.
5. Oeffnung der Grenzen und Aufhebung des (staatlichen) Aussenhandelsmonopols.
6. Ersuchen um Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.
7. Aufhebung der Registration der Pässe und aller übrigen Bürgerrechtseinschränkungen.
8. Die Republiken, die jetzt zur UdSSR gehören, entscheiden ihr Schicksal selbständig und schliessen sich der Föderation an — oder nicht.

In der neuen Verfassung — schreibt Fedossejew zum Abschluss — müssen Mittel zur Ueberwindung des Nationalismus und rassistischer/religiöser Vorurteile verankert werden. «Die die Menschen entzweidenden Begriffe müssen schrittweise verschwinden und ersetzt werden durch das Gefühl des Gemeinsamen, die Entdeckung, dass jeder Mensch ein Bürger der menschlichen Gemeinschaft des Erdballs ist.»

Die Evolution der letzten Jahre in der UdSSR bestätigt die Prognose des Akademiemitglieds Fedossejew. Die Unzufriedenheit wächst, die Vorstellungskraft auch. Sogar die Armee ist nicht mehr ein zuverlässiger Rückhalt für die Machthaber. Der Untergang des Systems wird stattfinden — darin sind alle Widerständler einig. Anders ist für die ganze Bevölkerung kein menschenwürdiges, sinnvolles Leben möglich. ■



CRITICON

die konservative Zweimonatsschrift

Aus der letzten Nummer:

Nr. 14 Welche Zukunft? (November/Dezember 1972)

Criticon aktuell: Nach dem 19. 11. 1972 Der Umschlag in Lebensqualität von Robert Hepp — Gespräch mit Arnold Toynbee über Leben und Tod der Zivilisationen von Vintila Horia — Grenzen des Wachstums von Hans Bader — Marginalien zum Zeitgeschehen von Richard L. Heger — Das Dilemma eines Marxisten (zu Ota Siks Zürcher Vorlesungen) von Thomas Molnar — Geschichtsbewusstsein und Freiheitsfähigkeit von Peter Berglar — Katholischer Glaube, rechts oder links? von Erik v. Kuehnelt-Leddihn — Literatur und Faschismus von Tarmo Kunnas — Enoch Powell, ein konservativer Volks-tribun von Pierre Hofstetter — Ein Silberstreifen am schwedischen Horizont von Eric Brodin.

Dazu regelmässig: Buch aktuell — Buchbericht — Diskussion — Magazin — Notizen.

Nr. 13 Sozialisierung der Bundesrepublik (Sondernummer Oktober 1972) — Ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa von Hans Graf Huyn — Europapolitik im Zeichen der Volksfront von Rudolf Heinrich Brandt — Die ausbleibenden Reaktionen von Eric Waldmann — Perspektiven der Sozialpolitik von Werner Hütche — Sozialisierung durch überhöhte Besteuerung? von Kuno Barth — Paritätische Mitbestimmung führt zum Gewerkschaftsstaat von Karl Heger — Universitäten als Brückenköpfe der antizipierten Praxis des Sozialismus von Hartmut Müller-Kinet — Die unterwanderte Schule von Hermann Leber — Die Bändigung der Einzelgänger von Peter Norden — Sozialismus in der katholischen Kirche von Georg May — Sozialistische Rechtspolitik? von Friedrich Graf von Westphalen — Sozialdemokraten und Kommunisten, Porträt einer feindlichen Bruderschaft von H. D. Sander

Herausgeber: Caspar v. Schrenck-Notzing und Hanns Klatz

An CRITICON-Vertrieb, 8000 München 70, Postfach 701472

Ich abonniere den 3. Jahrgang zum Preis von DM 18,—/§ 5.50/öS 130,— Konto:

K. Knauf, D - 848 Weiden i. d. OPf. 1 Postfach 70 Postcheckamt Nürnberg Nr. 2117 38-854

Unterschrift: Senden Sie kostenlos Probenummern

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____